

**Gerhard Hess:
Rückgang der Investitionsquote im bayerischen Staatshaushalt völlig
falsches Signal**

München, 19. Januar 2009
2 / 09

„Der vorgesehene Rückgang der Investitionsquote im nächsten bayerischen Doppelhaushalt ist ein Schritt in die absolut falsche Richtung“, kommentiert Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, die Investitionsquote auf nur noch 12 Prozent im Jahr 2010 abfallen zu lassen (nach 13,4 Prozent 2008 und geplanten 12,5 Prozent 2009). „Dies wird in besonders drastischer Weise beim Haushaltsansatz für die Staatsstraßen deutlich. Nachdem im Jahr 2008 hierfür 206 Mio. Euro zur Verfügung standen, sollen es in diesem Jahr - unter Einberechnung der CSU-Fraktions-Reserve in Höhe von 15 Mio. Euro - nur noch 170 Mio. Euro und im nächsten Jahr sogar nur noch 144 Mio. Euro sein“, so Hess weiter.

Diese drastische Absenkung des Staatsstraßenhaushalts stoße auf absolutes Unverständnis bei der Bayerischen Straßenbauindustrie. Damit gebe die Staatsregierung das Ziel auf, in absehbarer Zeit wieder die allseits anerkannte Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent zu erreichen, die seit 2000 erheblich darunter liege.

Während alle Parteien sich einig sind, dass die Öffentliche Hand in der jetzigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sofort und massiv investieren muss, um dem drohenden rapiden Konjunkturunbruch gegenzusteuern, sieht sich das Bayerische Finanzministerium von diesen allseitigen Anstrengungen entpflichtet. Sollen doch die anderen investieren!

Zum Schaden der Substanz des bayerischen Straßennetzes. Diese massiv gekürzten Gelder für den Staatsstraßenbau stehen auch im Widerspruch zum Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzip. Der Bayerische Oberste Rechnungshof weist geradezu gebetsmühlenartig auf das massive Erhaltungsdefizit im Staatsstraßennetz hin. Originalton Bayerischer Oberster Rechnungshof: Der Zustand der rund 13.600 km Staatsstraßen mit über 4.500 Brücken verschlechtert sich immer mehr. Verspätete Erhaltungsmaßnahmen werden überproportional teuer. Die für Staatsstraßen verfügbaren Mittel sollten vorrangig so eingesetzt werden, dass rechtzeitig eine Bestandserhaltung gesichert ist.

„Investitionen in das Bestandsnetz der Staatsstraßen sind rentierliche Schulden. So werden dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen nicht noch weiter aufgeschoben und damit immer teurer“. Hess abschließend: „Letztlich spart der Staat dadurch sogar“.